



BürgerInnenbrief

14. Mai 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Die im Dunkeln... +++ BürgerInnenbrief zum 100. +++ Mindestlohn +++ Oberschichtenkriminalität +++ Mobilität

Kappungsgrenze senken – jetzt!



Foto: Michael Joho

»Der Wohnungsbau ist nach wie vor das wichtigste Thema in Hamburg«, tönte Bürgermeister Olaf Scholz in seiner Rede zur Halbzeit der Legislaturperiode, schließlich gelte es, den weiteren Zuzug nach Hamburg zu gewährleisten (Pressemitteilung des Senats, 19.2.2013). Vom Mietenwahnsinn und den drastisch angewachsenen Problemen Zehntausender HamburgerInnen, eine bezahlbare Bleibe zu finden, findet sich in der Erklärung bezeichnenderweise kaum etwas. Doch was nutzt vielen Haushalten eine Neubauwohnung, wenn diese laut Senatsantwort auf eine Große Anfrage der Linksfraktion im Durchschnitt (!) des Jahres 2011 sage und schreibe 104,7 qm groß war? Wer kann sich eine solche Wohnung erlauben, wenn es bei neu errichteten Wohneinheiten keinesfalls unter 10, 11 oder oftmals noch mehr Euro pro Quadratmeter abgeht? Natürlich abgesehen von den Sozialwohnungen im 1. Förderweg, deren Einstiegsrente auf 5,90 Euro/qm abgesenkt ist. Doch auch hier zeigt sich mehr Schatten als Licht: Im Jahre 2013 werden, wenn's gut läuft, erstmals seit langem wieder 1.200 Sozialwohnungen neu errichtet, doch gleichzeitig fallen in diesen zwölf Monaten 10.856 aus der Mietpreisbindung heraus!

Geradezu ein Lehrstück für die weiter gegen die Wand laufende Wohnungs- und Mietpolitik des SPD-Senats ist der

Umgang mit der so genannten Kappungsgrenze, also der maximalen Erhöhung bei **Bestandsmieten** innerhalb von drei Jahren. Die schwarz-gelbe, nicht eben mieterInnenfreundliche Bundesregierung hat eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, nach der die Kommunen seit dem 1. Mai die Kappungsgrenze von bisher 20 auf 15% selbständig absenken können. Doch ausgerechnet die Hamburger SPD sperrt sich, obwohl München, Berlin, Würzburg und andere Metropolen sofort von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und entsprechende Verordnungen erlassen haben. Schon am 23. Januar 2013 war ein Antrag der Linksfraktion von den Bürgerschaftsparteien SPD, CDU und FDP niedergestimmt worden, die Kappungsgrenze schnellstmöglich, also zum 1. Mai, abzusenken.

»Lässt die SPD die Mieter im Stich?«, diese Frage warf daher die »Hamburger Morgenpost« am 2. Mai auf. Und diese Frage ist eindeutig mit Ja zu beantworten, denn der Senat schlägt eine nunmehr gesetzlich vorhandene Möglichkeit aus, die Lage der MieterInnen wenigstens punktuell zu verbessern. Nun ist die Reduzierung der Kappungsgrenze von 20 auf 15% sicherlich nicht der Wahnsinn, aber sie würde sich doch für viele, von 20prozentigen Mieterhöhungen bedrohte MieterInnen in einer monatlichen Ersparnis von 20 bis 50

Dieser »BürgerInnenbrief« ist der 99. Joachim Bischoff hatte im März 2008 damit begonnen, inzwischen wird er vom Abgeordnetengespann Heike Sudmann/Tim Golke herausgegeben, als kleines, aber veritables Onlineorgan. Das veranlasst uns, allen LeserInnen folgende Dekrete der guten Laune und des Stolzes zu verkünden:

1. Wer dies liest, ist zur Feier am 8. Juni eingeladen (siehe Karte).
 2. Im 100. BürgerInnenbrief Mitte Juni soll auch dessen Entwicklung reflektiert werden.
 3. Gewünscht ist die Zuarbeit der LeserInnen: Kurze Beiträge, Einschätzungen, Grußworte, Fotos, Karikaturen, Collagen, und alles bis zum 3. Juni.
- Komitee 8. Juni

Einladung



BürgerInnenbrief Der 100.

zur kleinen Jubiläumsparty

Samstag, 8. Juni 2013, 15:00 bis 17:00 Uhr

»Parkhaus«, Knorrestraße/Bülastraße (gleich neben dem Lohmühlenpark St. Georg)

Bereits um 13:00 Uhr veranstaltet die Fraktion einen **gentrifizierungskritischen Rundgang durch St. Georg**. Treffpunkt: Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee.

Anmeldung für beides bitte bis zum 3. Juni:
Tim.Golke@linksfraktion-hamburg.de, Telefon 28 57 69 10

Gern stoßen wir mit euch auf das runde Jubiläum an
Heike Sudmann | Tim Golke | Joachim Bischoff

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Euro bemerkbar machen. Und eine für Hamburg erlassene Vorschrift würde endlich den unseriösen VermieterInnen, die in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen sind, rauszuholen was rauszuholen ist, wenigstens etwas auf die Finger hauen. Von **Neuvermietungsmieten** einmal ganz abgesehen, sie fallen teilweise um bis zu 50% höher aus.

Warum macht die Hamburger SPD so etwas, im Gegensatz zu anderen, sozialdemokratisch regierten Städten? Eine klare Antwort darauf gibt Senatorin Jutta Blankau: »Für Mieter, die bereits eine Wohnung haben, sieht diese neue [auf Bundesebene erlassene] Verordnung auf den ersten Blick aus wie ein enormer Fortschritt. Meine Aufgabe ist es aber, genau zu schauen, welche Auswirkungen eine Absenkung für den Wohnungsmarkt insgesamt hat.« (lt. Interview im »MieterJournal« des Mietervereins, 1/2013)

Hä? Die Mieten lieber nicht deckeln, um den Wohnungsmarkt keinesfalls negativ zu beeinflussen? Deutlicher konnte Blankau nicht machen, wes' Lied sie singt: nicht das der gebeutelten MieterInnen (die ganz sicher auch auf den zweiten Blick einer Begrenzung des Mietenwahnsinns positiv gegenüber stehen), sondern das der Wohnungsunternehmen, deren Profite auf gar keinen Fall geschmälert werden dürfen, sonst würden die ja keine neuen Wohnungen mehr bauen... Als »wohnungspolitisches Armutszeugnis und einen peinlichen Kotau vor der Wohnungswirtschaft« hat die stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion diesen mieterInnenunfreundlichen Akt bezeichnet.

In einer dpa-Meldung vom 2. Mai wird eine Sprecherin der zuständigen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt so zitiert: »Eine Entscheidung [wie der Senat mit der Kappungsgrenze zukünftig umgehen will] soll zeitnah fallen...Wann ge-

nau die Entscheidung fallen soll, konnte sie nicht sagen.« Na toll. Mittels einer Kleinen Anfrage hat die Linksfraktion nun nachgehakt, was denn die BSU dazu veranlasst, die gesetzlich mögliche Verbesserung auf Kosten der MieterInnen auszusitzen und wann sie gedenkt, irgendwie tätig zu werden. Die Senatsantwort wird leider erst nach Redaktionsschluss für diesen BürgerInnenbrief eingehen. Aber eines ist klar, »jeder Tag, der in diesem Monat verstreicht«, so Sylvia Sonnemann vom Verein Mieter helfen Mietern, »hat vermeidbare Mietsteigerungen in Hamburg zur Folge« (MOPO, 11.5.2013).

Es sei von dieser Stelle darum allen wärmstens ans Herz gelegt: Schreibt Briefe an die Behörde, fasst Beschlüsse in allen möglichen Gremien und lasst es Frau Blankau wissen: Wir wollen die sofortige Herabsenkung der Kappungsgrenze auch für Hamburg! Und wenn ihr schon dabei seid, schreibt doch gleich auch, dass zukünftig ohne Wohnwertverbesserung die Nettokaltmiete nur im Rahmen des Inflationsausgleichs angehoben werden darf. Und dass es Mieterhöhungen allein wegen Weiter- und Neuvermietung nicht mehr geben darf!

Die neueste Ausgabe der Zeitung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, **»Backbord«**, ist erschienen und über die Website www.linksfraktion-hamburg.de anzusteuern. Im Vordergrund steht diesmal der monatelange Ausstand bei der Firma Neupack und allgemein das Streikrecht, die Halbzeitarbeit der Landesregierung sowie die Wohnungspolitik (Mietenexplosion, Fehlentwicklungen auf dem »Wohnungsmarkt«, Neue Mitte Altona).

Die im Dunkeln ...



Compact-Aktion im Januar 2013 auf dem Jungfernstieg (Foto: Michael Joho)

... sieht man nicht. So hatte es Bert Brecht einmal in seiner »Dreigroschenoper« formuliert. Und wie aktuell ist dieser Satz mit Blick auf diejenigen, deren Schicksal kaum jemanden bekümmert, ja, den allermeisten nicht einmal bekannt ist! Die Rede ist von Menschen, die aus ihren Wohnungen zwangsgeräumt werden. Wir haben uns selbst gefragt, wo und wann wir das schon einmal wenigstens aus der Zaunperspektive mitbekommen hätten, doch uns fiel kaum etwas Konkretes dazu ein. Denn Räumungen, so die damit befassten KollegInnen aus den bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle, geschehen meistens in aller Stille, die Betroffenen sind rechtzeitig abgetaucht, um das Drama nicht mitzerleben, ein Umzugswagen fährt vor, kein Aufschrei, kein Protest, kein Widerstand. Doch dies kann, dies soll anders werden!

Zunächst zu den für einige vielleicht überraschenden Fakten. Durch eine Kleine Anfrage unserer Abgeordneten Cansu Özdemir ergab sich, dass im Jahre 2012 genau 4.428 Räumungsklagen vor Gericht verhandelt worden sind, bei 1.590 Haushalten fand dann auch eine Zwangsräumung statt (Drs. 20/6842 vom 15.2.2013).

Zwar ist die Zahl der vollzogenen Räumungen von 2003 (in 2.744 Fällen) bis 2010 (auf 1.380) deutlich zurückgegangen, doch seitdem wächst sie wieder an. Insgesamt ist zwischen 2003 und 2012 exakt 19.151mal zwangsgeräumt worden! Davon überdurchschnittlich oft bei der SAGA GWG: Auf dieses öffentliche Wohnungsunternehmen kommen im betreffenden Zeitraum 6.233 Fälle, also fast ein Drittel aller Räumungen, wie eine jüngst von Cansu Özdemir und Heike Sud-

mann an den Senat gerichtete Kleine Anfrage ergeben hat (Drs. 20/7840 vom 7.5.2013).

Auf Befragen von MietrichterInnen, so die letztgenannte Senatsantwort, habe sich ergeben, »dass Räumungsklagen in der Mehrzahl der Fälle bei Zahlungsverzug angestrengt werden. Weitere – regelmäßig von den Amtsgerichten verhandelte – Fälle betreffen Räumungsklagen wegen Eigenbedarfs, Unpünktlichkeit der Mietzahlungen und/oder mieterseitigen Lärmbelästigungen«. Geräumt wird »in der Regel wegen Mietschulden«, wie das Straßenmagazin »Hinz&Kunzt« die Lage in seiner März-Ausgabe zusammenfasste. Mietschulden waren auch schon laut der ersten und bisher einzigen »Evaluation der Fachstellen für Wohnungsnotfälle« vom November 2007 der ausschlaggebende Grund für den Wohnungsverlust. »Mietschulden, z.B. aufgrund von Einkommensverlusten bei Arbeitslosigkeit«, so die Studie, sind »in rund 96% aller Wohnungssicherungsfälle der Grund für drohenden Wohnungsverlust«.

Und was machen die Fachstellen für Wohnungsnotfälle? Sie sind laut nach wie vor als Arbeitshilfe gültiger »Fachanweisung zur Wohnungslosenhilfe« ja u.a. dafür 2004 geschaffen worden, »Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit soweit wie möglich zu vermeiden«. Doch sie kommen nicht nach, werden zu spät informiert oder sind unzureichend ausgestattet. Tatsächlich ist heute – trotz steigender Zahl bei den Zwangsräumungen – in den Fachstellen für Wohnungsnotfälle weniger Personal tätig als vor einem Jahr: Waren es im Februar 2012 noch knapp 118 Vollzeitäquivalenzen (real sind es mehr

Personen, da einige auch in Teilzeit arbeiten), sind es zu Anfang 2013 nur noch 114. Die gnadenlos vom Senat umgesetzte »Schuldenbremse« führt eben gerade auch in den Bezirken zum spürbaren Personalabbau und damit zum Anwachsen sozialer Probleme.

Besonders betroffen sind Haushalte - manchmal eben gleich mehrere Menschen - aus prekären Verhältnissen: Hartz IV-BezieherInnen, AufstockerInnen, MinijobberInnen, Menschen mit Handycaps usw. Entgegen verbreiteter Auffassung, wer »Stütze« kriegt, habe wegen der Übernahme der Mietkosten keine Probleme, sind es gerade die TransferleistungsempfängerInnen, die in hohem Maße von Räumungsklagen und Zwangsräumungen betroffen sein dürften. Eine andere Kleine Anfrage von Tim Golke hat ergeben, dass zwischen Anfang 2005 und November 2012 alles in allem 15.386 Aufforderungen zur Kostensenkung von den Jobcentern an HartzIV-BezieherInnen verschickt worden sind. Und in 5.432 Fällen wurden dann auch faktisch Leistungskürzungen vorgenommen, lies: die volle (aus Sicht der Behörde die Mietobergrenze überschreitende) Miete nicht mehr übernommen. Zugegeben, reale Kürzungen nehmen seit 2011 ab, doch in 2012 waren es immer noch gut 300 Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, die davon betroffen waren (Drs. 20/6518 vom 22.1.2013).

Im Klartext: Wer sich nach Aufforderung, die Kosten der Unterkunft zu senken, nicht nach einer günstigeren Wohnung umgeschaut oder in Zeiten der Wohnungsnot und des Mietwahnnsinns schlicht keine solche gefunden hat, bekommt irgendwann die Leistung oberhalb der Mietobergrenze gestrichen. Und steht vor dem Problem, vom kargen Hartz IV auch noch zusätzlich Geld für die Miete abzuzwacken. Das kann auf Dauer nicht gut gehen und führt bei vielen Betroffenen zu einem Mietrückstand, zu einer Räumungsklage und schließlich zu einer Zwangsräumung. Anders gesagt: Die niedrig angesetzten Mietobergrenzen (im Normalfall 327 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt) und das repressive Hartz IV-Regiment sorgen in vielen Fällen erst für Obdachlosigkeit im Gefolge einer Zwangsräumung.

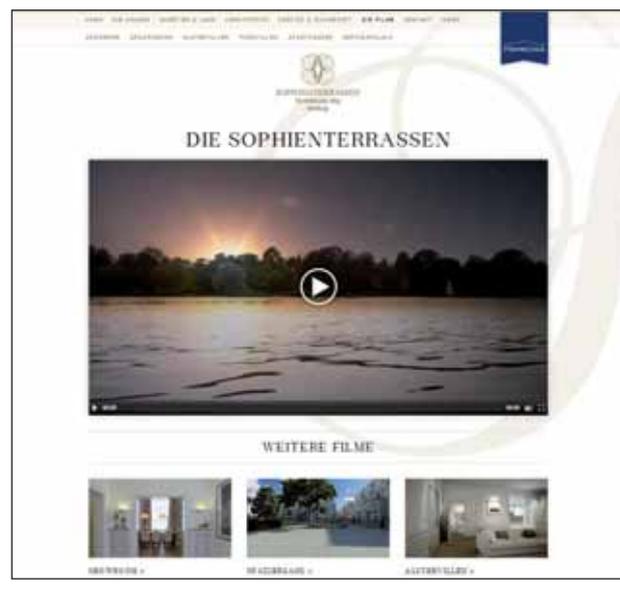
Proteste gegen Zwangsräumungen und damit gegen die Infragestellung des Grundrechts auf Wohnen nehmen in jüngster Zeit zu. In Spanien werden inzwischen täglich (!) bis zu 500 Zwangsräumungen verschuldeter Familien vorgenommen, mit diesem immer öfter auftretenden Resultat: Die »Verzweiflung treibt Spanier in Hausbesetzer-Szene« (»Die Welt«, 26.1.2013). In Essen führte der Tod einer gehbehinderten, krebserkrankten Frau kurz nach ihrer Zwangsräumung zu einem Eklat (»Neues Deutschland«, 8.5.2013), in Berlin stellten sich bei einem ähnlich gelagerten Fall in den vergangenen Wochen DemonstrantInnen gleich mehrfach dem Gerichtsvollzieher entgegen, um die Räumung zu verhindern (taz, 13./14.4.2013). Und auch in Hamburg gibt es Überlegungen, die Zwangsräumungen nicht mehr einfach nur durchgehen zu lassen. Widerstand tut Not!

Auch auf Bürgerschaftsebene wird die Linksfraktion das Thema Zwangsräumungen stärker aufgreifen. Ansatzpunkte sind u.a. die grundsätzliche Kritik an der Kündigung aus öffentlichem Wohnraum oftmals in die Obdachlosigkeit und die Skandalisierung des Personalabbaus in den Fachstellen für

Die Arm-Reich-Schere geht täglich im Stadtbild auf. Exemplarisch hier der Hinweis auf ein aktuelles Video zur Vertreibung von Obdachlosen von den überdachten Vorplatzflächen am **Hauptbahnhof**: <http://feuerloescher-tv2.blogspot.de/2013/04/der-fall-werner-die-rekapitulation.html>

Und auf der anderen Seite der Schere finden sich solche geradezu obszönen Ausführungen: »Die Hansestadt rockt. Wohnungen und Häuser steigen im Wert zweistellig, die neuen Bauprojekte finden trotz astronomischer Preise reißenden Absatz. Und selbst der bislang unbeachtete Süden hat inzwischen viele Fans.« (**Capital-Immobilien-Kompass**, <http://karte.immobilien-kompass.de/wohnen/hamburg/beschreibung.html#details>)

Oder siehe den in Eliteslang und Arroganz kaum zu überbietenden Werbespot zur Anpreisung des **Millionärsghetto Sophienterrassen**: <http://sophienterrassen.de/de/filme/?PHPSESSID=24e1ac57d9615b0371074d221eb476e2>



Wohnungsnotfälle, die Forderung nach beträchtlich erhöhten und zeitnah angepassten Mietobergrenzen und das sofortige Aussetzen von Leistungskürzungen bei den individuellen Kosten der Unterkunft, die Einforderung von erheblich mehr Sozialwohnungen im 1. Förderweg und Übernachtungsplätzen sowie die bessere Kontrolle und Durchsetzung der mit der SAGA GWG und den Genossenschaften vereinbarten »Quote« zur Unterbringung von Menschen ohne Obdach.

Wir fordern: Wohnen darf nicht Ware sein, Wohnen ist vielmehr ein Grund- und Menschenrecht. Zwangsräumungen gehören abgeschafft!

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Der soziale und politische Alltag in unserer Republik ist hart genug, da wirkt das Lachen von links darüber bisweilen befreiend. Anlässe bietet **Altmeister Dieter Hildebrandt**, der mit seinen 85 Lenzen noch allerlei **kabarettistische Schläge** austeilt. Zu sehen regelmäßig im Internet-TV (www.stoersender.tv), flankiert von ebenso schwergewichtigen Vertretern des Genres wie Georg Schramm, Erwin Pelzig, Urban Priol und Roger Willemsen.

Ein **wunderbares Video** hat die **Münchener Goldgrund Family** ins Netz gestellt: www.goldgrund.org/social-network/. Es geht um ein 1950er-Jahre Wohngebäude, das abgerissen und durch einen ca. sieben Mio. Euro kostenden (Luxus-)Neubau ersetzt werden soll. Begründung des Kommunalreferats der bayrischen Landeshauptstadt: Eine Erhaltung des Gebäudes sei »nur mit ganz erheblichem Kostenmehraufwand« möglich. Diese fadenscheinige Begründung haben die engagierten AnwohnerInnen zum Anlass genommen, kurzerhand eine der 20 Wohnungen auf eigene Faust zu renovieren. So kann die Gruppe nachweisen, dass Goldgrund-sanierte Wohnungen für kleines Geld bestens erhalten werden können, um teure Mieten in Neubauten zu verhindern.

Wer den euphemistisch so bezeichneten »Steuerflüchtlingen« – den Hoenessen dieser Welt – eins auswischen und damit einen Beitrag gegen die immer weiter aufgehende Reich-Arm-Schere leisten möchte, klickt sich mal unter www.campact.de/Steuerflucht-Aktion ins Netz. Dort gibt's reichlich Infos über die 400 Milliarden Euro deutschen »Schwarzgelds«, die rund um den Globus in »Steuerparadiesen« versteckt sind. Und die Möglichkeit, die **Campact-Unterschriftenliste Steuerflucht wirksam bekämpfen!** online zu unterzeichnen.

Die Kampagne zur **Rekommunalisierung der Netze** wird in den kommenden Monaten an Fahrt aufnehmen, gehen wir doch auf den **Volkentscheid** am 22. September zu, parallel zur Bundestagswahl. Über die wichtigsten Argumente und neuesten Entwicklungen informiert die Website der Initiative **Unser Hamburg – unser Netz (UHUN)** unter www.unser-netz-hamburg.de, über Termine auch www.energiewende-hamburg.de/veranstaltungshinweise. Material gibt's im Büro des UHUN-Vereins in der Langen Reihe 29.

Am **Dienstag, den 14. Mai**, lädt die Bürgerinitiative »Wir sind Eppendorf« ein, um über die **Neugestaltung des Eppendorfer Marktes in HafenCity-Ästhetik** und den Protest gegen Verdrängung, Abriss und Luxusbebauung zu informieren, ab 19.30 Uhr in der ehemaligen Wolfgang-Borchert-Schule (Erikastraße 41).

Ebenfalls am **14. Mai**, um 19.30 Uhr im »Sait Köz« (Große Bergstraße 165), gibt es ein interessantes Zusammentreffen: Der zukünftige Chef von **IKEA Altona** diskutiert auf einer Veranstaltung der LINKEN Altona quasi exklusiv mit dem Fraktionsvorsitzenden Robert Jarowoy und natürlich den AnwohnerInnen von Altona-Altstadt.

Die **Ausstellung Wo man Bücher verbrennt – Verbrannte Bücher und ermordete Autoren Hamburgs** läuft **vom 15. Mai bis zum 28. Juni** im Lichthof des Altbaus der Unibibliothek Carl von Ossietzky (Eingang von der Edmund-Siemers-Allee/Ecke Grindelallee), sie ist montags bis freitags zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet.

Am **Mittwoch, dem 15. Mai**, findet zum 13. Mal die **Marathon-Lesung aus den verbrannten Büchern** statt, dort, wo 80 Jahre zuvor die Nazi-StudentInnen das Autodafé zelebriert haben, nämlich am Kaiser-Friedrich-Ufer (nahe der Bundesstraße), auf dem inzwischen einbenannter Platz der Bücherverbrennung. Zwischen 11 und 18 Uhr werden Texte vorgetragen, für kurz entschlossene MitleserInnen liegen entsprechende Dokumente bereit.

Der Hamburger Bücherverbrennung am 15. Mai 1933 vorausgegangen war bereits am 2. Mai die Besetzung des Gewerkschaftshauses. Zu diesem Anlass wird noch bis zum 14. Juni im Foyer des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 60) die **Wanderausstellung** zum Thema **Gewerkschafter in Konzentrationslagern 1933–1945** präsentiert. Näheres unter <http://hamburg.dgb.de/themen/++co++4df49dac-9d24-11e2-b1b3-00188b4dc422>.



Der AKU (Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg) lädt **für Donnerstag, den 16.5.** um 18 Uhr, Treffpunkt: Gertrud-von-Thaden-Platz, S-Wilhelmsburg, zu einer Lesung aus den projektierten Entwürfen zu Wilhelmsburg, die in den letzten Jahren in den diversen Veröffentlichungen der Stadtentwicklungsinstitutionen vorkamen. Der AKU hat Stilblüten gesammelt und sie – etwas gegen den Strich gebürstet – zu einem kleinen Theaterstück verbaut. »Freut Euch auf eine Reise durch ein Miniaturwunderland futuristischer Metropolenentwicklung, das auf vormals weißen Flecken des Hamburger Stadtplans aus dem Boden gestampft wird. Folgt uns auf Erkundungen pittoresker Wildnis – und lernt mehr darüber, was »urbane Siedler« unter »Soft Houses« und »Smart materials« verstehen... Lasst Euch mitnehmen auf einen Trip in die ruppige und echte Wahrheit der Stadtplanung!«

In der Reihe Erinnerungskultur stellen am **Donnerstag, 16. Mai**, um 19.30 Uhr, in der Galerie Morgenland/ Geschichtswerkstatt Eimsbüttel (Sillestraße 79) Elfie Buth und der Journalist Martin Kempe ihr neues Buch **»Was ich euch erzählen will. Meine Kindheit und Jugend im Hamburger Arbeiterviertel Eimsbüttel«** vor.

Nach heftigen Kontroversen hat die Bezirksversammlung Hamburg-Nord beschlossen, einen Teil der **Hindenburgstraße im Stadtpark** nach dem Sozialdemokraten Otto Wels umzubenennen. Aber ein Teil soll weiter Hindenburg »ehren«, Hitlers Steigbügelhalter 1933, der schon 1918 als Kriegsverbrecher verurteilt gehört hätte. Aktive aus dem Umfeld der Willi-Bredel-Gesellschaft und der Bezirks-LINKEN haben daher am 6. Mai schon mal durch das Anbringen eines Schildes der Forderung Nachdruck verliehen, den Namen Hindenburg aus dem Hamburger Straßenbild verschwinden zu lassen. Auf einer Veranstaltung der Bredel-Gesellschaft am **Mittwoch, den 22. Mai**, wird der Historiker Joachim Szodrzynski zum Thema **Hindenburg – ein Vorbild?** um 19 Uhr in der Carl-Cohn-Schule (Carl-Cohn-Straße 2) in Winterhude referieren.



Nach dem erfolgreichen ersten Hamburger Stadtteilbeiräte-Kongress am 27. April geht es im **Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte** wieder an die Alltagsarbeit. Bei der nächsten Zusammenkunft am **Mittwoch, den 29. Mai**, um 19 Uhr in einer Dulsberger Einrichtung (genauer Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest) stehen die Auswertung und Konsequenzen aus der Tagung an.

Um das **Wahlrecht für MigrantInnen** geht es auf einer Veranstaltung des Bildungsträgers Arbeit und Leben am **Donnerstag, den 30. Mai**, um 17 Uhr im Raum Marseille des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 60). Fast die Hälfte der MigrantInnen in Deutschland – alleine in Hamburg etwa 240.000 Menschen – werden von einer wahlpolitischen Einflussnahme bisher ferngehalten. PodiumsteilnehmerInnen sind Uwe Grund (DGB) sowie die ParteienvertreterInnen Metin Hakverdi (SPD), Egbert von Frankenberg (CDU), Anja Hejduk (GRÜNE), Dr. Najib Karim (FDP), Sebastian Seeger (PIRATEN) und Jan van Aken (LINKE). Anmeldung wird erbeten unter alev.guerbalkan-lal@hamburg.arbeitundleben.de.

Wie die SozialdemokratInnen so sind, veranstalten sie ausgerechnet im wohnungsnotgeplagten Hamburg am **Freitag, den 31. Mai**, von 11 bis 14 Uhr die **SPD-Fachkonferenz Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**. Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Bürgermeister Olaf Scholz werden sich nicht einkriegen, ihre Wohnungspolitik gegenseitig zu bejubeln. Etwaige Gegenaktivitäten sind – leider – noch immer in der Debatte...

Auseinandersetzungen um die Ein- und Umbenennung von Straßen und Plätzen (siehe die Hindenburgstraße) sind beispielhaft für die Konsequenzen, die aus der (eigenen) Geschichte gezogen werden. Am **Freitag, den 31. Mai**, findet von 12 bis 16 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32-34) ein offener **Workshop unter dem Titel freedom roads!** statt. Das Treffen dient der Vorbereitung der **Ausstellung** »freedom roads! koloniale straßennamen – postkoloniale erinnerungskultur/Geschichte, Kunst und Beteiligung«, die vom 13. August bis 22. September im Kunsthaus Hamburg (Klosterwall 15) gezeigt wird.

In diesem – großen – Zusammenhang sei auch noch auf die **Ausstellung** zum weithin unbekanntem Komplex **Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg** aufmerksam gemacht, die noch bis zum 30. Juni in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Jean-Dolidier-Weg 75) zu besichtigen ist. Das umfangreiche Begleitprogramm findet sich unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de (Rubrik »Aktuelles«).



Wohin mit der Stadt? – diese Frage wirft das Hamburg Museum in einer noch bis zum 30. Juni währenden Ausstellung (Holstenwall 24) auf. Der Untertitel **Was kann, was will, was soll das Hamburg Museum?** klingt nicht sonderlich aufregend, es geht aber um die für Politik und Alltagsbewusstsein bedeutende Frage, was ein solches Museum eigentlich sammeln und welchen Beitrag es zur weiteren Entwicklung wie auch zum Gedächtnis der Freien und Hansestadt Hamburg leisten soll. **Die Stadt und ihr Museum** ist auch Titel einer öffentlichen Tagung

am **Freitag, den 31. Mai**, von 14 bis 18 Uhr, sowie am **1. Juni** von 10 bis 17 Uhr. Den Vorträgen und Debatten kann ohne Anmeldung und Zusatzkosten, nur gegen den üblichen Museumseintritt von 8 bzw. 5 Euro, gelauscht werden. Das Begleitprogramm zur Ausstellung findet sich unter www.hamburgmuseum.de.

Eine hochrangige Podiumsbesetzung konnte das Jarrestadt-Archiv für **Mittwoch, den 5. Juni**, auf die Beine stellen: Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter, der Leiter des Denkmalschutzamtes, Frank Pieter Hesse, SAGA-Vorstandsmitglied Willi Hoppenstedt, Cordula Ernsing vom Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Nord sowie Dr. Geerd Dahms, Sachverständiger für Denkmalschutz und Denkmalpflege, diskutieren ab 19 Uhr über die Frage **Alles nur Fassade? Sanierungsfall Rotklinker**. Die Befürchtung vieler ExpertInnen ist, dass mit der günstigsten Form der energetischen Wärmedämmung – dem Anbringen von Dämmplatten auf den Außenmauern – der traditionsreiche, stadtbildprägende Hamburger Backstein aus vielen Quartieren verschwinden könnte.

Und was wird aus dem Karoiviertel? Wie wird sich das Quartier in Sachen Mieten, Luxussanierungen und Eigentumsumwandlungen verändern, welche Konsequenzen sind aus den vielen negativen Beispielen u.a. in Ottensen, St. Georg und in der Schanze zu ziehen? Diese Fragen wirft die Initiative S.O.S. Karoiviertel am **Mittwoch, den 5. Juni**, um 19.30 Uhr im Haus der Familie (Bei der Schilleroper 15) auf. Die Diskussionsrunde besteht aus Prof. Dr. Ingrid Breckner (HafenCity Universität), Jonas Füllner (Anwohner, Akteur im Netzwerk Recht auf Stadt), Dirk Kienscherf (stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion), Christoph Rauch (MieterInnenengenosenschaft Karolinenviertel i.Gr.) und Tina Fritsche (Moderation).



Im letzten BürgerInnenbrief hatte Andreas Pfadt einen Beitrag zur »Zukunft der BürgerInnenbeteiligung« verfasst. Am **Donnerstag, den 13. Juni**, leitet er eine Veranstaltung, in der es um **Bürgerbeteiligung und Mediation** geht. Ob Mediationsverfahren eine geeignete Lösung für gescheiterte Beteiligungsverfahren sind, darum soll es ab 18.30 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3) gehen. Näheres unter www.fachgruppen.mediation-dach.com.

Am **Sonntag, den 16. Juni**, können Geschichts- und Antifa-Interessierte gleich nach der Fahrrad-Sternfahrt (siehe den Hinweis auf Seite 13) auf eine Boots-Fahrt gehen: Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme führt in diesem Jahr ein einziges Mal ihre **Alternative Alsterkanalfahrt** durch. Herbert Diercks und Katja Hertz-Eichenrode veranschaulichen dabei wichtige Stationen der NS-Herrschaft längsseits der Binnen- und Außenalster, des Osterbek- und Goldbekkanals bis zum Stadtparksee. Start ist um 15 Uhr am Alsteranleger Jungfernstieg. Teilnahmegebühr: 12 Euro, Anmeldung unter Tel. 428 131 527.

Hamburger Mindestlohn: LINKE stimmte nicht zu!

Von Tim Golke



Auf der DGB-Demo am 1. Mai 2013 (Foto: M. Joho)

DIE LINKE wird diesem Mindestlohngesetz nicht zustimmen, lautete der etwas provokante Aufschlag der Bürgerschaftsdebatte, der per Pressemitteilung am 24. April versendet wurde. Da die Linksfraktion aber auch nicht gegen einen Mindestlohn ist, wurde daraus in der Bürgerschaft selbstverständlich eine kraftvolle Enthaltung.

Dennoch ist an mich die Frage herangetragen worden, warum wir, auch wenn der mehrheitlich beschlossene Mindestlohn von 8,50 Euro nicht den Beschlüssen von Partei und Fraktion entspräche, nicht wenigstens den Anfang unterstützt hätten, um erstmals eine Untergrenze einzuziehen, alles weitere könne man dann ja noch besprechen und weiterhin auf die Tagesordnung setzen. Die Antwort ist einfach: 8,50 Euro reichen in Hamburg auch für eine alleinstehende Person keinesfalls aus, um bei Renteneintritt nicht auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Für eine auskömmliche Alterssicherung müsste bei einer 40-Stunden-Woche in Hamburg bei relativ strenger Berechnung von Regelsatz, Freibeträgen und tatsächlichen Kosten der Unterkunft nach Hartz IV ein Stundenlohn von 8,68 Euro bezahlt werden. Bei weniger Arbeitszeit dann natürlich entsprechend mehr.

Ein zweiter Grund für unser Stimmverhalten liegt in der parlamentarischen Befassung des Gesetzes. Im Sozialausschuss wurde eine öffentliche Anhörung durchgeführt, der Haushaltsausschuss hat sich damit befasst, Kritik und offene Punkte im Gesetz wurden benannt, und dennoch hat das Gesetz mit der Mehrheit der SPD-Fraktion die Bürgerschaft unverändert erreicht. Ein riesiger Unterschied zu Bremen. Das dortige Mindestlohngesetz wurde in der Ausschussbefassung noch konkretisiert und verbessert, mit Ergänzungsanträgen der Regierungsfractionen von SPD und Grünen. Und in Schleswig-Holstein, hier ist es ein Vergabe- und Tariftreuegesetz, wurde das Gesetz beinahe in Eigenregie durch die Re-

gierungsfractionen erstellt und sieht u.a. einen Mindestlohn von 9,18 Euro vor.

Zudem war DIE LINKE in der Bürgerschaft die einzige Fraktion, die nicht nur einen umfangreichen Gesetzentwurf zur Änderung des Senatsentwurfes vorgelegt hatte, sondern auch die einzige Oppositionspartei, die dem mit gleichem Gesetzentwurf geänderten Vergabegesetz ihre Aufmerksamkeit widmete. Tariftreue im ÖPNV-Bereich fehlte im Senatsentwurf: beantragt – abgelehnt. Eine Sonderkommission zur Kontrolle der Vergaben: ebenfalls beantragt und abgelehnt.

Und schließlich die Umsetzung des Gesetzes. Der Senat war auch nach einem Jahr Prüfung nicht in der Lage, dem Parlament die von Stadt und Zuwendungsempfängern beauftragten Firmen zu nennen, die ihren Beschäftigten (z.B. im Bewachungsgewerbe) zukünftig den Mindestlohn zu zahlen haben. Hierzu müssten nach Auffassung des Senates langlaufende Verträge erst angepasst und ihre etwaige Kündigung zunächst abgewartet werden. So warten viele Beschäftigte auch nach dem Inkrafttreten des Gesetzes noch auf dessen Umsetzung. Daher hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag für ein Sonderprogramm Mindestlohn gestellt. Jenseits der Gültigkeit von Verträgen sollte die Stadt hier meines Erachtens auf die Unternehmen zugehen und anbieten, einen Ausgleich der Kosten für eine Anhebung auf den Mindestlohn inklusive eines angemessenen Arbeitgeberanteils zu gewährleisten. Es wird nach dem zuvor Festgestellten kaum überraschen: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Das Fazit fällt damit ebenfalls leicht. Hamburg hat ein Beispiel gegeben, wie man ein Mindestlohn- und Vergabegesetz gerade nicht macht. Vielleicht taugt dieses Gesetz wenigstens als mahnendes Beispiel bei den jetzt anstehenden Diskussionen in anderen Bundesländern.

Oberschichtenkriminalität im reichen Hamburg

Von Joachim Bischoff



DGB-Demo am 1. Mai zum Fischmarkt (Michael Joho)

Tausende Menschen haben am Tag der Arbeit in Hamburg für Mindestlöhne, höhere Renten und mehr Mitbestimmung demonstriert. Ein wichtiger Reformschritt in diesem Zusammenhang wäre die Umsetzung von mehr Steuergerechtigkeit: »Steuerhinterziehung muss künftig härter verfolgt werden, das wissen wir nicht erst seit dem Fall Hoeneß.« Hamburgs DGB-Chef Uwe Grund verweist darauf, Steuerbetrügerei sei nicht auf Einzelfälle beschränkt: »Sie ist zur klassischen Oberschichtenkriminalität geworden.« Wer als Hartz IV-EmpfängerIn Termine beim Jobcenter vermassele, werde empfindlich bestraft, »Steuerflüchtlinge werden dagegen über das Vehikel Selbstanzeige für ihre dreisten Vergehen quasi noch belohnt.« In Hamburg liege »sagenhafter Reichtum« nur wenige Hundert Meter von erschütternder Armut entfernt. »Diese Kluft zwischen ganz reich und bitterarm wird immer größer.«

Ein Indiz für Steuerhinterziehung als Oberschichtenkriminalität ist eine Zahlenreihe der Finanzbehörde, die seit dem Jahr 2010 die Selbstanzeigen erfasst:

	2010	2011	2012	2013 (Stand 22.4.)
Eingegangene Selbstanzeigen	764	401	669	209
Zu versteuernde Kapitaleinkünfte in Mio. Euro	683	133	187	97

Es handelt sich durchaus um relevante Summen, die da selbst angezeigt werden. Doch das wahre Ausmaß der Steuerhinterziehung ist weitaus größer. Komplize der Oberschichtenkriminalität ist der Senat. Beispiel Steuervollzug: In Hamburg müsste es eigentlich 686 BetriebsprüferInnen geben. Doch seit Jahren wird diese Zahl unterschritten. Nur 583 sind wirklich

im Einsatz, 103 weniger als vorgesehen. Zu wenige BetriebsprüferInnen bedeuten auch zu wenige Prüfungen. So werden Großbetriebe in Hamburg nur alle fünf Jahre geprüft, mittlere Betriebe einmal in 14 Jahren und Kleinstbetriebe sogar nur alle 81,7 Jahre. Hinzu kommt dieses Trauerspiel: Nur fünf Prozent aller Hamburger EinkommensmillionärInnen wurden im vergangenen Jahr geprüft. Fünf Prozent, jede/r Zwanzigste! Das nicht erschlossene Potenzial liegt auf der Hand. So hat es in Hamburg allein 2012, d.h. nach dem Bekanntwerden von »Steuer-CDs« mit den Daten auch vieler Hamburger SteuerhinterzieherInnen, 669 Selbstanzeigen gegeben. Und zweifellos nicht von Jan Arbeitsmann.

Durch die abwartende Haltung des SPD-Senats in Sachen Steuervollzug kommt logischerweise weniger Geld in die Kassen. Über den Daumen gepeilt treibt jede/r Prüfer/in eine Mio. Euro jährlich ein. Durch den Mangel an SteuerprüferInnen gehen der Stadt Millionen Euro flöten. Aus der Behörde von Finanzsenator Tschentscher heißt es dazu lapidar: »Das Personal in der Steuerverwaltung ist von 2000 bis 2011 um rund 400 Vollzeitkräfte reduziert worden.« Man sei nun dabei, die Lücke »langsam« zu schließen. Das Wörtchen langsam muss allerdings auch und gerade vor dem Hintergrund des strikten Sparkurses sehr wörtlich genommen werden. Es ist daher nicht absehbar, dass der SPD-Senat eine entschlossene Politik der Einnahmeverbesserung betreiben wird.

Mangelnde Einnahmen bedingen geringere Ausgaben, und das verschärft die soziale Spaltung in der Stadt. Diese Zuspitzung, also sagenhafter Reichtum auf der einen und bittere Armut auf der anderen Seite, lässt sich in der Tat in Hamburg vielfältig belegen. Neue Untersuchungen weisen nach, dass die soziale Polarisierung trotz der relativ guten wirtschaft-

lichen Entwicklung der letzten Jahre weiter vorangeschritten ist.

Im Jahr 2011 ist die Quote der von Armut betroffenen BürgerInnen deutlich gestiegen – und dies trotz rückläufiger SGB II-Quote. Die so genannte Armutsgefährdungsquote, die den Anteil der Menschen mit einem Einkommen von weniger als 60% des Durchschnittseinkommens misst, lag 2011 bei 14,7% (plus 13% gegenüber 2010). Von Armut betroffen sind damit etwa 250.000 BürgerInnen der Stadt.

Gleichzeitig ist auf dem anderen sozialen Pol die Zahl der Wohlhabenden, die pro Monat mehr als Doppelte eines Durchschnittshaushalts zur Verfügung haben, auch in der Wirtschaftskrise und im folgenden Aufschwung weiter gestiegen. Mit 12,2% ist der Anteil dieser reichen Haushalte in Hamburg 2011 so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Nimmt man deshalb den Landesmedian als Bezugspunkt für die Berechnung von Armut, liegt Hamburg mit einer Quote von 18,0% armer BürgerInnen auch hier mit deutlichem Abstand an der Spitze aller Bundesländer. Die Einkommenspolarisierung ist in Hamburg krass ausgeprägt.

Arm sein heißt konkret in Hamburg, mit weniger als 913 Euro (Einpersonen-Haushalt) bzw. 1.917 Euro (Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren) auskommen zu müssen. Armsein hat vielfältige Formen der Diskriminierung zur Folge. Das reicht von der Verdrängung aus aufgewerteten Stadtteilen bis zur Abkoppelung vom gesellschaftlichen Leben, weil das Geld nicht für einen Internetanschluss oder die Fahrkarte reicht. Vor allem: Eine wachsende Zahl von Haushalten mit sehr niedrigen Einkommen führt zu einer stärkeren Konzentration dieser Haushalte in den Gebieten der Stadt, in denen die Mietpreise noch vergleichsweise niedrig sind. Das sind unsanierte Bestände in innerstädtischen Altbaugebieten, vor allem aber andere Quartiere mit niedriger Wohnqualität und geringem Sozialprestige.

Diese Umsetzung der Einkommens- in eine räumliche Polarisierung der Stadt wird forciert, wenn der belegungsgebundene soziale Wohnungsbau eine immer geringere Rolle spielt, wie das in Hamburg der Fall ist. Statt preisgünstiger Wohnungen haben die diversen Stadtregierungen der letzten 20 Jahre die Aufwertung bzw. Gentrifizierung von bestimmten Quartieren wie z.B. Ottensen oder St. Georg gefördert, die vor allem über den Mechanismus der Mietsteigerung zu einer Vertreibung vieler BürgerInnen geführt hat.

Dadurch ist es zu einer immer stärkeren räumlichen Konzentration vieler mit sozialen Problemen beladener Haushalte gekommen. Es haben sich Quartiere herausgebildet, denen das Stigma der Armenviertel anhängt. In Wilhelmsburg, Rothenburgsort/Billbrook und Billstedt sind 26 bis 30% der EinwohnerInnen auf Transferleistungen angewiesen. Knapp ein Fünftel aller Hamburger Stadtteile weist EmpfängerInnenquoten von 18% und mehr auf. In diesen Quartieren finden wir viele von Armut besonders betroffene Erwerbslose (Armutsgefährdungsquote 2011: 51,8%), Alleinerziehende mit ihren Kindern sowie MigrantInnen (28,7%).

Diese soziale Spaltung spiegelt sich in den großen Unterschieden im Lohn- und Einkommensteueraufkommen¹ in den

Lohn- und Einkommensteueraufkommen in Hamburger Bezirken und ausgewählten Stadtteilen

	2004	2007	% ggb. 2004	% vom Median
Einkünfte – Mrd. €	26,06	31,95	22,6%	
Zahl Lohn-EKS-Pflichtige	801.569	890.247	11,1%	
Einkommensmillionäre		859		
Einkommen je Steuerpflichtigem	32.505	35.887	10,4%	
Median/Zentralwert (= die Hälfte der Steuerpflichtigen hat weniger)	29.203	22.329	-23,5%	
Einkünfte je Steuerpflichtigem				
1. Reich				
Bezirk Altona		49.100		
Nienstedten	150.000	170.400	13,6%	763%
Blankenese	94.500	110.100	16,5%	493%
Othmarschen	88.900	144.400	62,4%	647%
Groß Flottbek	62.200	88.600	42,4%	397%
Rissen	50.500	67.300	33,3%	301%
Eimsbüttel		39.400		
Harvestehude	73.800	88.700	20,2%	397%
Rotherbaum	51.200	75.400	47,3%	338%
Bezirk Nord		37.900		
Bezirk Wandsbek		37.000		
Wohlstedt-Ohlstedt	92.100	105.300	14,3%	472%
Wellingsbüttel	72.000	101.100	40,4%	453%
Lehmsahl-Mellingstedt	59.100	63.500	7,4%	284%
Duvenstedt	52.900	64.900	22,7%	291%
Volksdorf	50.400	57.300	13,7%	257%
2. Arm				
Bezirk Mitte		23.400		
Veddel	17.000	15.000	-11,8%	67%
Kleiner Grassbrook/Steinwerder	17.800	12.000	-32,6%	54%
Rothenburgsort	18.200	19.000	4,4%	85%
Horn	19.600	20.000	2,0%	90%
Wilhelmsburg		20.000		90%
Billstedt		22.000		99%

Quelle: Die Angaben für 2007 im Netz unter http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/SL_SPEZIAL_IV-2013.pdf. Die Ergebnisse der Lohn- und Einkommenssteuerstatistik 2004 und weitere Angaben finden sich auf der Website www.statistik-nord.de.

Hamburger Bezirken und Stadtteilen (siehe Tabelle). Schon auf der bezirklichen Ebene wird die krasse Einkommensspreizung sichtbar. Während in Altona die durchschnittlichen Ein-

¹ Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik stellt alle drei Jahre nicht nur Angaben über die festgesetzte Steuer, sondern auch über die Einkünfte der Steuerpflichtigen zur Verfügung. Da erste Angaben für 2010 erst im kommenden Jahr vorliegen werden, sind im Folgenden die kleinräumigen Auswertungen für 2007 dargestellt. Ehegatten mit Zusammenveranlagung werden dabei als ein Steuerpflichtiger gezählt.

künfte je Steuerpflichtigem bei 49.000 Euro liegen, sind es im Bezirk Mitte nicht einmal die Hälfte, nämlich 23.400 Euro. Bei gleicher Anzahl von Steuerpflichtigen liegen die Gesamteinkünfte im Altona bei 6,1 Mrd. Euro, in Mitte bei knapp 2,9 Mrd. Euro. Noch deutlicher tritt die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung auf der Stadtteilebene zu Tage. So liegen die Einkünfte in Nienstedten, Othmarschen und Blankenese um das Sechs- bis Achtfache über den Einkommen in Billstedt oder Wilhelmsburg. Und diese Kluft ist im Zeitraum von 2004 und 2007, für den Zahlen vorliegen, noch einmal deutlich gestiegen. So haben sich die Einkünfte in diesem Zeitraum, der Endphase der Hochzeit des Finanzmarktkapitalismus, in den betuchten Stadtteilen massiv erhöht (Othmarschen + 62,4%; Blankenese + 16,5% etc.), während die durchschnittlichen Einkommen in den ärmeren Quartieren rückläufig waren bzw. stagnierten.

Die höchsten Werte - jeweils mehr als 100.000 Euro Einkommen je Steuerpflichtigem - finden sich weiterhin in

den Elbvororten Nienstedten (170.000 Euro), Othmarschen (144.000 Euro) und Blankenese (110.000 Euro) sowie in den Walddörfern, Wohldorf-Ohlstedt (105.000 Euro) und Wellingsbüttel (101.000 Euro). Jeweils ein Drittel dieser Einkünfte wurden aus den Einkunftsarten Lohnarbeit (35%) und Gewerbebetrieb (33%) erzielt, gefolgt von Einkünften aus Kapitalvermögen (15%) sowie selbständiger Arbeit (12%).

In sieben Stadtteilen liegt das Einkommen unter 20.000 Euro je Steuerpflichtigem. Fünf dieser Stadtteile gehören zum Bezirk Mitte: Kleiner Grasbrook/Steinwerder (12.000 Euro), Veddel (15.000 Euro), Rothenburgsort (19.000 Euro) sowie Horn (20.000 Euro). Hinzu kommen im Bezirk Nord der Stadtteil Dulsberg (19.000 Euro) und im Bezirk Harburg der Stadtteil Harburg (19.000 Euro). In diesen Stadtteilen stammte das Gros der Einkünfte aus Lohnarbeit (89%).

Trotz dieses dramatischen Auseinanderfallens der Lebenslagen in der Stadt ist das Thema soziale Gerechtigkeit für den Senat und die SPD kein Thema.

Mobilitätsprogramm und Radverkehrsstrategie

Von Heike Sudmann



Foto: C. Hannen

Im Frühling sprießen nicht nur die Blumen, sondern auch die Papiere des Senats. Im März erblickte der Entwurf des »Mobilitätsprogramms« das Licht der Öffentlichkeit, Ende April der Fortschrittsbericht 2013 zur Radverkehrsstrategie.

1. Der Entwurf zum Mobilitätsprogramm

Das Mobilitätsprogramm soll eine Art Vorläufer für den in Hamburg immer noch fehlenden Verkehrsentwicklungsplan sein. Der Senat beschreibt das in der Einleitung (S. 8 des Entwurfs) so:

»Mit dem vorliegenden Mobilitätsprogramm erfüllt der Senat die Forderung nach einem Maßnahmenplan und erstellt gleichzeitig eine Konzeption für den Einstieg in die kontinuierliche Verkehrsentwicklungsplanung. Folgende Ziele werden mit dem Mobilitätsprogramm verbunden:

- Darstellung der aktuellen Rahmenbedingungen, die sich auf die Verkehrsentwicklung auswirken (Abschnitt 2),
- Beurteilung des Mobilitätsangebotes (Abschnitt 3),
- Zusammenfassung des Gestaltungsbedarfs und der Leitlinien für die Mobilität in Hamburg (Abschnitt 4),
- Zusammenstellung der aktuellen Handlungsfelder sowie Sammeln zukünftiger Handlungsoptionen im Themenspeicher (Abschnitt 5) und
- Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags für eine kontinuierliche Verkehrsentwicklungsplanung (Abschnitt 6).«

Die zurzeit vorliegenden gut 70 Seiten des Papiers lassen sich so zusammenfassen: Der Senat ignoriert weitestgehend die Umweltprobleme durch den Verkehr, scheut wie der Teufel das Weihwasser die Stadtbahn und hat keinen Mut bei einer Neuverteilung des Straßenraums zu Gunsten

des umweltfreundlichen Verkehrs. Hier noch einige weitere (Kritik)Punkte aus meiner Sicht:

Angesichts des drohenden Klimawandels muss ein Mobilitätsprogramm zuerst eine drastische Reduzierung des CO₂-Ausstoßes als Ziel haben. Das fehlt ebenso im Entwurf wie neue Ideen. Eine nachhaltige Verknüpfung von Stadtentwicklung und Verkehr ist z.B. in den geplanten Neubaugebieten möglich, egal ob HafenCity, Neue Mitte Altona oder Pergolenviertel (am Rübenkamp). Viele Flächen gehen verloren für die Autoparkplätze, die innerhalb eines Quartiers angelegt werden. Mehr Platz für Wohnungen, für Grün und Kinderspiel gibt es, wenn am Rande des jeweiligen Wohnquartiers Sammelparkplätze geschaffen werden. Weshalb soll der Weg zum Autoabstellplatz nicht genau so weit sein wie zur nächsten Haltestelle von Bus und Bahn? Dadurch entsteht nicht nur mehr Wohn- und Aufenthaltsqualität, sondern auch die Chance, dass mehr Menschen Bus und Bahn nutzen.

Nahezu unglaublich ist es, dass der Senat ein Zukunftsprogramm entwirft, ohne auch nur einmal das Wort Stadtbahn zu verwenden. Busse und Bahnen sind schon heute in Hamburg an ihren Kapazitätsgrenzen, die Stadtbahn böte hier eine notwendige und moderne Ergänzung. Die Folgekosten einer autolastigen Verkehrspolitik, Stichwort Klimawandel, sind viel höher als die Kosten für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Stadtbahn. Selbst die SPD müsste das endlich kapieren.

Zaghafte ist der Senat, wenn er Maßnahmen ergreifen müsste, die den Autoverkehr einschränken könnten. Sei es die Geschwindigkeitsreduzierung zur Lärm- und Emissions-senkung, seien es Verbesserungen im Radverkehr. Zu letzterem folgender Auszug aus S. 57 des Entwurfs: »Dennoch entspricht die Rad- und Fußwegeinfrastruktur in weiten Teilen nicht den heutigen Anforderungen. Ein Hauptproblem stellt oft die mangelnde Breite der Wege dar. Verbesserungen der Infrastruktur für die sogenannte Nahmobilität zeichnen sich allerdings durch eine hohe Nutzungskonkurrenz aus und lassen sich oft nur durch einen größeren Anteil am öffentlichen Straßenraum zu Lasten des MIV [Motorisierten Individualverkehrs] erzielen.« Richtige Erkenntnis, möchte frau dem Senat zurufen, doch die Konsequenzen bleibt der Senat schuldig.

Der Zeitplan für die Verkehrsentwicklungsplanung macht endgültig klar, dass der Senat nicht bereit ist, für eine umweltfreundliche Verkehrspolitik aktiv zu werden. Um bloß keine WählerInnen zu verprellen, sollen die Maßnahmen erst in der nächsten Legislatur beschlossen werden. Damit werden alle konflikträchtigen Themen vermieden. Als Beruhigungspille gibt es bis dahin einen Mobilitätsbeirat.

2. Der Fortschrittsbericht 2013 zur Radverkehrsstrategie

Noch druckfrisch ist der Fortschrittsbericht zur Radverkehrsstrategie. Euphorie stellt sich bei einer ersten Durchsicht allerdings nicht ein. Die Analyse der Probleme des Radverkehrs ist gut, doch bei ihrer möglichen Lösung kneift der Senat.

Ein Beispiel: Die herkömmlichen Radwege holen keine Autofahrerin aus dem Auto, sondern höchstens bei den vielen Löchern und Wurzeln RadfahrerInnen vom Rad. Radfahr-



streifen auf der Straße sorgen für ein schnelles und sicheres Vorwärtskommen. Sie können jedoch nur zu Lasten des Autoverkehrs eingerichtet werden. In diesen Verteilungskonflikt muss der Senat zugunsten des Radverkehrs entscheiden, wenn er wirklich den Radverkehr fördern will. Will er aber nicht, sonst würde er sich höhere Ziele setzen, als irgendwann den Anteil des Fahrradfahrens am Verkehrsaufkommen auf 18% zu erhöhen. In Kopenhagen z.B. liegt dieser Anteil nach einer beispiellosen Initiative der 500.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt bei rund 40%. In der dänischen Hauptstadt sind 20 MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung mit dem Radverkehr beschäftigt, während Hamburgs Fahrrad-Referat auf grandiose 2,5 Stellen kommt, Tendenz sinkend.

Die alljährlich vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) organisierte **Fahrrad-Sternfahrt** findet dieses Mal am **Sonntag, den 16. Juni**, statt. Die Parole lautet: **Rad fahren – Klima schützen!** 22 an verschiedensten Orten in und um Hamburg (früh)morgens startende Sternfahrtgruppen kommen zur gemeinsamen Abschlusskundgebung um 14 Uhr auf dem Hachmannplatz vor dem Hauptbahnhof zusammen. An der Diskussion mit den verkehrspolitischen SprecherInnen der Bürger-schaftsfraktionen wird Heike Sudmann teilnehmen. Näheres: www.fahrradsternfahrt.info.

Stadtteildemokratie – nur mit uns!



Rixa Gohde-Ahrens und Martin Kersting auf der Tagung, 27.4.2013 (M. Joho)

Demokratie im Stadtteil – Nur mit uns! – das war der Titel, aber auch die Botschaft, die den Stadtteilbeirätekongress am 27. April in Steilshoop durchzog. Insgesamt rund 100 Personen aus 27 Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräten (also genau aus der Hälfte aller existierenden Gremien) waren in der Martin Luther King-Kirche zusammengekommen, um erstmals in Hamburg einen Erfahrungsaustausch zu betreiben und über die Zukunft der BürgerInnenbeteiligung und dieser Gremien zu beraten. Eingeladen hatte dazu das vor dreieinhalb Jahren gegründete Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, das sich etwa alle sechs Wochen trifft.

Mehrere kurze Einleitungsbeiträge standen am Anfang der ganztägigen Unternehmung. Enttäuschend war dabei vor allem Willi Rickert (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt), der im Grunde nur salbaderte, wie wichtig Beiräte wären, und kurz nach seinem Grußwort die Konferenz auch schon wieder verließ.

Interessanter war schon der Beitrag von Sabine Steffen vom Bezirksamt Wandsbek, der man zwar das Interesse an einer gedeihlichen Arbeit der Beiräte abnahm, die aber auch mit nichts anderem »winken« konnte, als damit, dass mangels Mitteln geförderte BürgerInnenbeteiligungsgremien wieder auslaufen und durch »selbsttragende Strukturen« ersetzt werden müssten.

In mehreren Beiträgen von PraktikerInnen und aus der Wissenschaft wurde die Vielschichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements hunderter BeiratInnen für die Entwicklung in den Quartieren herausgearbeitet. Gerade in benachteiligten Gebieten sind die Beiräte oftmals die einzigen Anlaufpunkte, in denen man Neuigkeiten erfährt, Wünsche und Forderungen

an Politik und Verwaltung formuliert werden können und so etwas wie ein Stadtteildiskurs stattfindet.

Um so befremdlicher ist die Einstellung des Senats, der Beteiligungsgremien grundsätzlich befristen möchte; sie sollen nur solange existieren, wie es irgendein Förderprogramm gibt. Tatsächlich hat dies zur Folge, dass fast die Hälfte aller Beiratsgremien in den Jahren 2013/2014 auslaufen wird. Wenn es nicht genügend Widerstand dagegen gibt und die Bezirke und vor allem der Senat dazu gezwungen werden können, BürgerInnenbeteiligung nicht mehr länger nur als befristete Angelegenheit zu betrachten. »Beteiligung im 21. Jahrhundert«, so fasste es ein Redner auf dem Kongress zusammen, »darf nicht beschnitten oder wieder eingestellt werden, schon gar nicht nach jahre- oder gar jahrzehntelangem Engagement vor Ort, Demokratie im 21. Jahrhundert muss von unten her, aus den Stadtteilen heraus, entwickelt und verstetigt werden. Überall dort, wo es Menschen und Quartiere wünschen.«

Am Nachmittag wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen getagt. Einheitlicher Tenor in der zusammenfassenden Plenumsdebatte war, dass alle Beteiligten vor allem eben diese Verstetigung und die finanzielle Absicherung durch die Stadt wünschen. In der gleichen Richtung angelegt ist auch eine von Martin Kersting und Michael Joho formulierte »Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Hamburger Stadtteilbeiräte«,¹ die zwar nicht direkt auf der Konferenz an-

¹ Die erste »Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte« datiert vom Oktober 2012 und war u.a. im »BürgerInnenbrief« vom 24.10.2012 aufgenommen worden.



Podium (v.l.): G. Möller (Recht auf Stadt), T. Falensky (Stadtteilbeiräte-Netzwerk), H. Sudmann (DIE LINKE), J. Tröstler (Moderation), D. Kienschurf (SPD), F. Föcking (CDU), B. Petersen (Stadtteilbeiräte-Netzwerk) (Foto: M. Joho)

genommen wurde, aber den Fortgang der Diskussion (auch in den verschiedenen Stadtteilbeiräten) mitbestimmen dürfte.

Zum Abschluss des langen Tages gab es eine Podiumsdiskussion, in der Dirk Kienschurf (SPD) zwar die Beiräte lobte, aber im Kern auf die eingeschränkten Mittel und damit die temporäre Begrenzung der Gremienunterstützung abhob. Friederike Föcking (CDU), selbst bisweilen in einem Beirat auftauchend, verwahrte sich vor allem dagegen, dass Stadtteilgremien womöglich an irgendeiner Stelle die Macht von Bezirksversammlung und Bürgerschaft antasten könnten. Alleine Heike Sudmann stellte sich hinter die unten aufgenommene »Zweite Resolution« und plädierte ohne Einschränkung für mehr Demokratie von unten und die Stärkung und auskömmliche Finanzierung der Stadtteilbeiräte. Interessant war auf diesem Podium nicht zuletzt der Auftritt von Georg

Möller, Aktivist des Netzwerks Recht auf Stadt aus St. Pauli, der mit scharfen Worten den Alleinvertretungsanspruch der etablierten Politik(erInnen) in Frage stellte und noch ganz andere Formen der Mobilisierung und Selbstermächtigung von Menschen als Perspektive ausmachte.

Insgesamt eine sehr gelungene Veranstaltung, die Impulse für die weitere Zusammenarbeit zwischen den Stadtteilen, aber insbesondere auch für das gemeinsame Ringen um die Stadtteilbeiräte gesetzt hat. DIE LINKE täte sicher gut daran, die Demokratie vor Ort maßgeblich mit einzufordern und an den Stadtteilbeiräten dingfest zu machen.

Für die nachfolgende Resolution wird um Beschlüsse möglichst vieler Beiräte und Initiativen etc. sowie um persönliche Unterschriften gebeten.

Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte in Hamburg, vom April 2013

Im Oktober 2012 hatten das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und AktivistInnen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt die »Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte« formuliert und beschlossen. Innerhalb kurzer Zeit unterzeichneten rund 20 Stadtteilbeiräte, diverse mit Stadtteilfragen befasste Organisationen und Vereinigungen sowie mehr als 50 Einzelpersonen die Resolution. Auch in die Hamburger Politik hat das Anliegen Eingang gefunden. Im Rahmen der Haushaltsdebatte im November/Dezember 2012 haben gleich mehrere Bürgerschaftsfraktionen Anträge zur besseren finanziellen Absicherung der Stadtteilbeiräte in Hamburg gestellt. Doch diese Anträge wurden von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Wir begrüßen die auch von der Hamburger Politik vermehrt geführte Diskussion um die Partizipation im Allgemeinen und die Bedeutung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte im Besonderen. Schließlich geht es um nichts weniger als das Funktionieren unserer Metropolengesellschaft im 21. Jahrhundert, die mehr BürgerInnenbeteili-

gung und Stadtteildemokratie denn je erforderlich und sowieso wünschenswert macht. Doch die Realität sieht anders aus. Etwa die Hälfte der Hamburger Stadtteilbeiräte wird 2013/14 auslaufen, hier und da vielleicht noch um die kurze »Nachsorgephase« von einem Jahr verlängert. Die Ursache: Der Senat hält daran fest, dass solche Beteiligungsgremien nur dann eingerichtet und finanziell unterstützt werden, wenn und solange das betreffende Gebiet in ein behördliches Förderprogramm eingebunden ist. Ohne Förderprogramm keine BürgerInnenbeteiligung, so die gegenwärtige Senatsphilosophie.

Die Beiräte sind im Wesentlichen an das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gekoppelt. Dieses sieht eine Stadtteifförderung inklusive Beteiligungsgremien immer nur für einige wenige Jahre vor. Hier und da entscheiden allerdings auch Wohlwollen und Interessenslage der parlamentarisch-politischen Mehrheiten über die Einrichtung eines neuen Stadtteilbeirats, wie die Beispiele St. Pauli (wurde abgelehnt) und Hafencity (soll kommen) im Bezirk Mitte veranschaulichen.

Natürlich stellt niemand die BürgerInnenbeteiligung, nicht einmal die Beiratsstrukturen grundsätzlich infrage. Doch wenn es um die Verstetigung oder gar Ausweitung der Stadtteilbeiräte, also um die finanzielle Absicherung, die professionelle Begleitung und die daraus resultierende Wertschätzung von Politik und Verwaltung geht, dann kneifen die Verantwortlichen. Von »selbsttragenden Strukturen« als Ziel für die Beiratsarbeit ist beim Senat neuerdings die Rede, also davon, dass sich ja gerne Menschen vor Ort zusammensetzen könnten, um ihre Stadtteilbelange zu besprechen, aber eben ohne städtische Unterstützung...

Wie die Erfahrung zeigt, ist es ausgesprochen schwierig, ja meist unmöglich, ein selbstorganisiertes und vor allem selbstfinanziertes vergleichbares Gremium auf Dauer zu halten. Durch das Fehlen eines Stadtteilbüros oder anderer Stellen, welche sich um die Organisations- und Vermittlungsarbeit kümmern, wird das Engagement von ehrenamtlichen Beiräten überfordert. Zudem findet ein solch »freiwilliger« Zusammenschluss in der Regel nicht das Gehör bei Politik und Verwaltung, wie ein im bezirklichen und städtischen Leben verankerter Stadtteilbeirat. Wer es ernst meint mit BürgerInnenbeteiligung und Demokratie vor Ort kommt also um abgesicherte, d.h. politisch gewollte und finanziell geförderte Beiratsstrukturen nicht herum. Und dazu gehören nicht zuletzt die Verfügungsfonds, mit denen viele kleinere und mittlere Projekte und damit das Gemeinschaftsleben in den Stadtteilen spürbar gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die UnterzeichnerInnen der Resolution:

1. Entkopplung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte von RISE- oder anderen Förderprogrammen, stattdessen Schaffung eines eigenen Etatpostens »Stadtteilbeiräte« im nächsten Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg!
2. Erhalt und Verstetigung aller existierenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte mit der entsprechenden finanziellen und personellen Ausstattung!
3. Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit der nötigen finanziellen und personellen Ausstattung überall dort, in denen dieser Wunsch geäußert wird!
4. Verankerung von Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Stadtteilbeiräten!
5. Gesetzliche und verfassungsmäßige Absicherung von Teilnehmungsstrukturen und Mitwirkungsrechten auf Stadtteilebene!

Martin Kersting und Michael Joho (vom 14.4.2013)

Um BürgerInnenbeteiligung, aber umfassender noch um Protest und Solidarität geht es in der neuesten Nummer der »Hamburg Debatte«, des theoretischen Organs des Hamburger Landesverbandes der LINKEN. Die Ausgabe hat den Titel »Wider.Stand. Wer jetzt nicht verrückt ist, ist nicht normal« ist downzuloaden unter www.die-linke-hamburg.de/politik/publikationen/debattehamburg.html.

Aus dem Inhalt: Interview mit Andrej Holm | Klassen Apartheid | Autoritäres Regierungsinstrument | Solide Finanzen oder dazugehören? | Irgendein Förderprogramm | Nachdenkenverbot | Dossier: Eine exemplarische Geschichte | It's the profit rate, stupid! | Potentiale besser nutzen | Auf zum letzten Gefecht | Die Arroganz der Macht | Erneute Eskalation | Kein-Ikea-in-Altona | Lob der Dialektik



Kulturtipp: »Eine neue Zeit«



Alexander Rodtschenko, Treppe, Foto von 1930 (Bucerius Kunst Forum)

Die Zeit nach der Oktoberrevolution 1917 machte Russland für einige Jahre zum Zentrum der Moderne, bis die Verengung der bolschewistischen Politik und vor allem der Stalinismus dem Experimentieren mit neuen Lebens-, Kultur- und Kunstformen ein brachiales Ende bereiteten. Aber Namen wie Alexandra Kollontai, El Lissitzky und Wladimir Majakowski bleiben mit dem avangardistischen Umbruch im frühen Sowjetrußland untrennbar verbunden.

Einem der ganz großen Künstler dieser Zeit, Alexander Rodtschenko (1891-1956), ist vom 8. Juni bis zum 15. September eine Ausstellung im Bucerius Kunst Forum gewidmet, ein Muss für alle FreundInnen u.a. der Fotomontage, der Fotografie, der Typografie und des Designs. 1891 in Petersburg geboren, ging Rodtschenko ein Studium der angewandten Kunst an, löste sich aber bald aus den akademischen Zusammenhängen und trat mit eigenständigen Arbeiten hervor. Schon 1917 entstanden erste konstruktivistische Arbeiten, die die Kunst mit den neuen Formen der Industrie und Technik zu verbinden suchten. Über seine mehr als 50 Ausstellungen in der Sowjetunion und im Ausland wurde Rodtschenko weltbekannt und inspirierte in den 1920er viele KünstlerInnen und StudentInnen am Bauhaus.

Die Ausstellung im Bucerius Kunst Forum trägt nicht zufällig den Titel »Eine neue Zeit« und präsentiert einen Überblick über Rodtschenkos vielfältiges mediales Werk. Im Mittelpunkt steht seine Malerei, darunter sein Triptychon der Farben Rot, Gelb und Blau von 1921.

Aber auch den neuen, experimentellen Ansätzen im Bereich der Skulptur und den Variationen geometrischer Grundformen – die »im Spiel von Licht und Schatten eine Verräumlichung des Konstruktivismus und dessen utopischen Ideen« schaffen (Ankündigungstext) – wird Aufmerksamkeit gezollt. Insgesamt rund 150 Werke, zusammengetragen aus verschiedenen internationalen Sammlungen, werden gezeigt – die erste Rodtschenko-Ausstellung in Deutschland seit mehr als zehn Jahren.

Der Eintritt beträgt 8 Euro, ermäßigt 5 Euro. Führungen finden zum Aufpreis von 2 Euro montags, mittwochs und freitags von 13.00 bis 13.30 Uhr, sonn- und feiertags von 12.00 bis 12.50 Uhr, dienstags und donnerstags von 18.00 bis 18.50 Uhr statt. Das Bucerius Kunst Forum hat täglich von 11 bis 19 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet. Mehr unter www.buceriuskunstforum.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.